

Wie geht unsere Politik mit Deutschland um? Freiheitlich, demokratisch, rechtsstaatlich ?

Bericht über den Seminartag der SWG am 27. Februar 2010

Von Lienhard Schmidt

Die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft veranstaltete am 27. Februar in Hamburg einen Seminartag, um in kritisch-konstruktiver Analyse Antworten auf Fragen zu finden, die für die Zukunft Deutschlands von entscheidender Bedeutung sind. Unter der Moderation von Manfred Backerra, 2.Vorsitzenden der SWG, sprachen vor 185 Teilnehmern Professor Dr. Konrad Löw, Universität Bayreuth, zur Würde des Menschen und der deutschen Nation, Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, Universität Erlangen-Nürnberg über Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat gemäß Grundgesetz und Prof. Dr. Harald Seubert, Universitäten Posen und Bamberg, über das Einstehen für Deutschland nach innen und außen.

Die Redner präsentierten bestechende Analysen und Anregungen zur Wahrheitsfindung als Basis verantwortungsbewussten Handelns. Der volle Text der Vorträge wird in einer Sonderausgabe des „Deutschland-Journal“ erscheinen.

Diese Zusammenfassung versucht, die Kernaussagen der Redner zu Schwachstellen deutscher Politik im Sinne der Fragestellung vorzustellen; Zur Verletzung der Menschenwürde und der Meinungsfreiheit durch Ausgrenzungspraktiken der sogenannten politischen Korrektheit, zur Ablösung des ursprünglich antitotalitären Konsenses und der Äquidistanz gegenüber Rechts- und Linksextremismus durch grundgesetzwidrige Einengungen eigentlich erlaubter politischer Aktivitäten (Bündnis gegen Rechts!), zur Billigung oder Förderung der Thesen von der Gesamtschuld der Deutschen an den Verbrechen des Hitler-Regimes.

Differenziertes Richtigstellen durch Fakten wird meist verweigert. Die Pflege von Vorurteilen meist ideologischen Ursprungs genießt anscheinend Vorrang. So z.B. fördert die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), im Dienstbereich des Bundesinnenministers, seit 10 Jahren den Vertrieb eines Buches „Hingeschaut und wegesehen. Hitler und sein Volk“. Verfasser ist Robert Gellately, amerikanischer Historiker. Im Klappentext schreibt die Bundeszentrale: “Der Autor.....beweist stichhaltig, dass die Deutschen nicht nur von den Verbrechen der nationalsozialistischen Machthaber wussten, sondernweit aktiver, als bisher bekannt war, mithalfen – durch Zustimmung, Denunziation oder Mitarbeit.“

Mit seinem Buch „Das Volk ist ein Trost“, basierend auf einer Fülle von Zeugnissen verfolgter Juden wies Prof. Löw nach, dass diese Anschuldigungen keineswegs zutreffen und ihre Verbreitung durch die BpB somit ein Skandal sei. Proteste bis hin zum Bundestagspräsidenten liefen letztlich ins Leere. Das verleumdende Buch ist nach wie vor für 4 Euro bei der BpB abrufbar. Ist dies nicht ein Musterbeispiel der Manipulation wahrheitsuchender Leser, einer gezielten Desinformation, die unsere nationale Identität zerstören soll? Werden wir vom Volk zur Bevölkerung?

Der von Opportunisten und Karrieristen geprägte „Zeitgeist“ sollte allerdings nicht mit der wirklichen Meinung der Mehrheit verwechselt werden. Die dürfte häufig anders liegen als Entscheidungsträger im politischen und medialen Establishment meinen.

Was hätte wohl eine Volksabstimmung über die Einführung des EURO ergeben fragt Prof. Schachtschneider. Die schleichende Aushöhlung der Macht des eigentlichen Souveräns, des Volkes und der von ihm gewählten Repräsentanten ist durch den jüngsten Spruch des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag zwar verzögert.

Das Gericht unterstrich die Mitverantwortung des Bundestages für das gesetzgeberische Geschehen in der EU. Aber die bisherige Erfahrung zeigt, dass der Paragrafenwald des Lissabon-Vertrages wenig nutzbare Räume für fundierte Einwände und Änderungsvorschläge lassen wird. Die Gefahr der Überspielung legitimer nationaler Interessen ist weiterhin sehr groß. Erkennung und Vertretung solcher Interessen durch unsere Politiker sollte zwar vorausgesetzt werden, bedürfte aber einer Mehrheit, die unsicher ist.

„Wir wollen aufhören, die Narren der Fremden zu sein und zusammenhalten zu einem einigen, unteilbaren, starken freien deutschen Volk“. Mit diesen Worten von Friedrich Engels aus dem Jahre 1848 eröffnete Prof. Seubert seine Gedanken zum „Eintreten für Deutschland nach innen und außen“. Karl Jaspers hatte unmittelbar nach 1945 Anlass zu schärfster Kritik an Deutschen, die es nicht mehr sein wollten und sich den alliierten neuen Herren andienten. Die Übererfüllung der von den Siegern eingeleiteten Reeducation schafft aber bei Franzosen, Russen, Polen eher Zweifel an unserer Verlässlichkeit. 1968 schrieb Armin Mohler; die Suche nach geschichtlicher Wahrheit und historischer Gerechtigkeit dürfe nicht den Extremisten überlassen werden. Sie suchten nicht nach Wahrheit sondern würden sie liquidieren.

Die (Ver-)Schweigespirale ist mittlerweile in historischen Analphabetismus übergegangen. Und der Gesinnungsterror lenkt ab von Fragen, die wirklich und dringend zu lösen wären. Wir alle werden schuldig an der Zukunft unseres Landes, wenn wir nichts tun gegen diese Entwicklung. Was heißt „Eintreten für Deutschland nach innen? Die großen Traditionen deutscher Geschichte wieder aus sich und ihren Kontexten heraus zu verstehen; so auch Preußen und die Philosophie Kants des

kategorischen Imperativs. Elite hat mit Dienen zu tun. Das Handeln der Menschen in ihrer Zeit! Sie reduziert sich nicht auf zwölf Jahre unter dem Regime Hitlers. Kein vernünftiger Mensch, kein Konservativer, kein deutscher Patriot will NS-Verbrechen herunterspielen. Mit Karl Jaspers sollte Geschichtsverständnis zwischen rechtlicher, persönlicher und moralischer Schuld unterscheiden.

Seuberts Leitlinien zum Eintreten für Deutschland nach außen: Den zentralistischen Sog der EU, der die Souveränität untergräbt, durch Stärkung der Subsidiarität bremsen, das Demokratiedefizit in der EU aufarbeiten, die unbegrenzte Erweiterungspolitik der EU in Frage stellen, politische Klugheit und Völkerrecht an Stelle der fatalen jakobinischen Moralpolitik eines J. Fischer setzen. Rückgewinnung einer Wertebindung, einer Ordnung der Freiheit in Verantwortung, die sich ihrer christlichen Grundlage bewußt ist.

Der Staat ist für die Menschen da, um verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, innerhalb derer Menschen ihr Leben selbstverantwortlich gestalten können, und dem unverschuldet hierzu nicht Fähigen geholfen wird. Unser Grundgesetz gibt die Basis für eine freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Lösung anfallender Probleme. Ohne aktive, mündige Bürger ist aber, wie die Erfahrung lehrt, kein Staat zu machen. Und diesen Bürgern sollte ein Wertekonsens zu Eigen sein, ohne den (wie Prof. Paul Kirchhof, Heidelberg, deutlich macht) die beste Verfassung der Welt wertlos ist, weil sie nicht lebendige Praxis wird.

Manches in unserem Lande, so das Fazit der Veranstaltung, sollte freiheitlicher, demokratischer und rechtsstaatlicher sein. Jeder ist aufgerufen, in seinem kleineren oder größeren Umfeld, möglichst auch den politischen Mandatsträgern den Nachholbedarf bewußt zu machen.

Die Vorträge wurden vielfach durch spontanen Beifall unterbrochen, der letzte Vortrag erhielt stehenden Applaus.

Den Jahresempfang leitete für den z.Z. an der Universität Krasnojarsk lehrenden Vorsitzenden der SWG der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, mit einer Erklärung zum schwer verständlichen Gerangel um Frau Erika Steinbach ein. Mit dem Glas in der Hand ließen die Teilnehmer den erkenntnisreichen Tag bei angeregten Gesprächen ausklingen.